

Gröhe-Pläne; Ökonomen nennen Pflegereform "Unfug"

von Dorothea Siems

HIGHLIGHT: Jetzt Geld in einem Topf sammeln, um ab 2030 damit die Pflegekosten zu dämpfen. Dieser Plan der Regierung entsetzt Experten. Die Vergangenheit zeige, dass Politiker Ersparnisse oft zweckentfremden.

Deutschlands führende Sozialexperten warnen die große Koalition vor einer falschen Weichenstellung in der Pflegeversicherung. Die von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) geplante Reform bedeute eine "Verteilung von Wohltaten und verschärfe die langfristig ohnehin großen Finanzierungsprobleme erheblich", sagte der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen der "Welt".

Der frühere Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, nannte Gröhes Vorhaben, bei der Bundesbank einen staatlichen Vorsorgefonds aufzulegen, "Unfug". (...)

Der Beitragssatz steigt in zwei Schritten um 0,5 Prozentpunkte. 0,1 Prozentpunkte sollen verwandt werden, um über 15 Jahre einen Kapitalstock anzusparen. (...)

"Mit der geplanten Pflegereform wird - ebenso wie mit den neuen Rentenleistungen - die verdeckte Staatsverschuldung erhöht", warnte der Direktor des Max Planck Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik, Axel Börsch-Supan.

Denn die Politik verspreche Leistungen, deren Kosten in der Zukunft zu zahlen seien. "Die wahren Kosten der Sozialleistungen werden verschleiert und die langfristigen Finanzierungsprobleme noch verschärft."

Auch Börsch-Supan hält nichts von dem geplanten Pflegefonds. "Man lässt den Hund nicht auf den Wurstvorrat aufpassen." Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, dass Regierungen angespartes Kapital immer nutzten, um Haushaltslöcher zu stopfen, so der Ökonom.

Bert Rürup warnt ebenfalls: "Kapital einer öffentlichen Kasse ist - auch wenn es von der Bundesbank verwaltet wird - nicht vor dem Zugriff durch die Politik gefeit."

Der Präsident des Handelsblatt-Research-Instituts zweifelt zudem an Gröhes Langfrist-Prognosen. Der Minister gehe fälschlicherweise davon aus, dass die Beitragsbelastung nur in den Jahren 2035 bis 2055 sehr hoch sei. (...)

"Wir stehen also nicht vor einem Berg an Pflegebedürftigen, den man untertunneln könnte, sondern vor einem Plateau", stellte der Wissenschaftler klar. "Wenn der Kapitalstock Mitte der 2050er Jahre aufgebraucht ist, springt der Beitragssatz (...) auf die Höhe, auf der er auch ohne diese temporäre Kapitalrücklage liegen würde."

Der Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge an der Universität Freiburg, Raffelhüschen, prophezeit eine Verdoppelung des Pflegebeitragssatzes bis spätestens 2040. (...)

Um die demografisch bedingten Ausgabendynamik zu mindern, plädiert der Finanzwissenschaftler für eine Rückbesinnung auf die Eigenverantwortung. (...)

Ein Großteil der Leistungen der Pflegeversicherung gehe heute an Menschen, die gar nicht darauf angewiesen seien. (...)

Für den Rest habe die Gesellschaft auch schon vor der Einführung der Pflegeversicherung die Leistungen über die Sozialhilfe finanziert. "Die finanzielle Knappheit wird uns in einigen Jahren zu Leistungskürzungen zwingen", prophezeit der Forscher. Börsch-Supan plädiert gleichfalls dafür, das Pflegerisiko über private Versicherungen abzudecken.

Scharfe Kritik an den Plänen der großen Koalition kommt auch aus der Wirtschaft. (...)

Ein Konzept zur langfristigen Finanzierung der Pflegeversicherung bleibe die Koalition schuldig. "Mit den jetzt geplanten Leistungsausweitungen werden die

Reserven der Pflegeversicherung (...) schon in wenigen Jahren aufgebraucht sein. Dann droht die nächste Beitragssatzanhebung."

Es sei bedauerlich, dass Gröhes Referentenentwurf lediglich Leistungsausweitungen vorsähen, aber keinerlei Maßnahmen zur Kostensenkung oder zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. "Die Pflegeversicherung bleibt (...) ein wettbewerbsfreier Raum ohne steuernde Eigenbeteiligung bei den von Pflegekassen übernommenen Leistungen", monieren die Arbeitgeber.

Der frühere Chef der Wirtschaftsweisen Rürup nannte die Einbeziehung der Demenzkranken in die Pflegeversicherung dagegen der Sache nach richtig. (...)

Der Demenzgrad sei nicht so eindeutig diagnostizierbar und messbar wie ein körperliches Gebrechen. "Die Gefahr bei der geplanten Erweiterung des Pflegebegriffs ist, dass dies zum Einfallstor für eine deutliche Leistungsausweitung wird."

Der vollständige Artikel erschien in WELT ONLINE am 22.04.2014.